

Ombudsstelle SRG.D

Dr. Esther Girsberger, Co-Leitung

Dr. Urs Hofmann, Co-Leitung

c/o SRG Deutschschweiz

Fernsehstrasse 1-4

8052 Zürich

E-Mail: leitung@ombudsstellenrgd.ch

Zürich, 26. November 2024

Dossier Nr. 10486, «Rendez-vous» vom 21. Oktober 2024 – «Was ist los bei der Juso Schweiz?»

Sehr geehrte Frau X

Wir nehmen Bezug auf Ihr Mail vom 1. November 2024, worin Sie obige Sendung wie folgt beanstanden:

<https://www.srf.ch/audio/rendez-vous/was-ist-los-bei-der-juso-schweiz?partId=12678995>

«Ich beanstande die genannte Sendung aus Gründen der Verletzung des Sachgerechtigkeitsgebots, des Transparenzgebots und des Vielfaltsgebots: Die Entscheidung der Delegiertenversammlung der Juso Schweiz, mit einer Resolution die BDS-Bewegung (Boycott, Divestment, Sanctions) zu unterstützen gilt es aus meiner Sicht erst einmal zu respektieren. Wie deren Präsidentin Mirjam Hostettmann im Beitrag richtig sagte, ist dies ein legitimes politisches Mittel, um etwas angesichts der Kriegsgräuel in Israel/Palästina zu unternehmen.

Nicht sachgerecht ist, dass Philip Bessermann, der Geschäftsleiter der dem Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund SIG (und nicht wie fälschlicherweise im Beitrag gesagt der «Israelitischen Gemeinschaft») nahestehenden «Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus GRA» Deutschland und Österreich heranzieht für seine Beurteilung dieses basisdemokratischen Entscheids einer Jungpartei. Zudem sind die Begriffe «Genozid», «Siedlerkolonialismus» von Entscheiden des Internationalen Strafgerichtshofs in Den Haag

gedeckte Begriffe, welche einfach das völkerrechtswidrige Gebaren des Staates Israel abbilden. Dieses zu benennen ist keine Täter-Opfer-Umkehr. Die Shoa ist kein Freipass für Apartheid und Völkermord!

Eine bodenlose Frechheit finde ich, dass er andere jüdische Stimmen als <Feigenblatt> diffamiert und ihnen somit jegliche eigen erworbene Meinung abspricht! Zudem sind seine Vergleiche mit Frauen und <People of Colour>, welche Sexismus und Rassismus verleugnen würden, einfach nur peinlich und im besten Falle besserwisserisch.

Nicht transparent ist, wer mit den <Fachleuten> gemeint ist, welche der Auffassung sind, die BDS-Bewegung sei antisemitisch. Der Beitrag lässt ja leider jegliche Hinweise vermissen ...

Nicht vielfältig ist, dass nebst Herrn Bessermann nicht auch noch andere jüdische Stimmen aus der Schweizer Zivilgesellschaft zu Wort kommen; etwa die <Jüdische Stimme für Demokratie und Gerechtigkeit in Israel/Palästina JVJP>, <Ina outra senda - Swiss Friends of Combatants for Peace> oder das <Jüdische Forum Schweiz – Gescher>, welche sich allesamt um Ausgewogenheit und gerechte Beziehungen und Frieden in Palästina/Israel bemühen.»

Die **Redaktion** nimmt wie folgt Stellung:

Der Beitrag fokussiert auf die Kritik, die von mehreren Exponenten am Beschluss der Juso geäußert wird, eine Resolution der BDS zu unterstützen. Kritisiert wird dieser Beschluss der Juso, da die BDS in einigen europäischen Ländern, darunter Deutschland, Österreich oder Tschechien offiziell als antisemitisch gilt. Der deutsche Verfassungsschutz schreibt dazu:

«Die Bewegung „Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen“ (BDS) wird in diesem Jahr erstmals im Verfassungsschutzbericht als extremistischer Verdachtsfall benannt. BDS weist über israelfeindliche Positionen und entsprechende Aussagen der ihr zuzurechnenden Strukturen und Anhängerschaft Bezüge zum säkularen palästinensischen Extremismus auf. Mit ihrer internationalen Kampagne fordert BDS einen totalen wirtschaftlichen Boykott, den Abzug von Investitionskapital sowie das Verhängen von Sanktionen gegen den Staat Israel. Im englischen Original des Gründungsaufrufs von 2005 („BDS Call“) wird als erste von drei zentralen Forderungen ein Ende der Besatzung „allen arabischen Landes“ verlangt, was hier als Forderung im Sinne einer Beendigung der staatlichen Existenz Israels zu verstehen ist. Entsprechende Forderungen werden auch in Deutschland regelmäßig bei öffentlichen Versammlungen gestellt, an denen BDS-nahe Gruppierungen beteiligt sind.»

Kritik an der Juso wegen deren Unterstützung einer BDS-Resolution übt im Radiobeitrag Philip Bessermann. Er ist Geschäftsführer der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus. Er wird entsprechend von uns nicht als unabhängiger Experte befragt, sondern als Fachmann und Vertreter der Stiftung. Bessermann wird aufgrund der Funktionsangabe für das Publikum klar positioniert. Seine Haltung begründet er mit der Haltung der BDS, die in seinen Augen eine Opfer-Täter-Umkehr mache und Israel mit dem deutschen Nazi-Staat unter Hitler vergleiche. Zudem kritisiert er, dass die BDS keine Lösungen anstrebe, vielmehr dem Staat Israel das Existenzrecht abspreche.

Kritisiert wird die Unterstützung der Resolution im Radiobericht ausserdem von SP-Mitgliedern (Daniel Jositsch oder Gabriela Suter) Auch die Juso Basel-Stadt distanziert sich von der Unterstützung der BDS-Resolution.

Begründet wird die Unterstützung der Resolution im Beitrag von der Präsidentin der Juso Mirjam Hostetmann. Sie hätte, wie im Beitrag erwähnt wird, persönlich diese Resolution der BDS nicht unterstützt und der Juso-Vorstand schlug stattdessen eine Alternative vor, nämlich eine Resolution, unabhängig von jener der BDS.

Mirjam Hostetmann argumentiert, Boykotte seien legitime politische Druckmittel. Um diese – durchaus interessante – Grundsatzfrage ging es aber in diesem einzelnen Bericht nicht. Eine solche Diskussion hätte den Rahmen des Beitrags gesprengt. Der beanstandete Bericht konzentrierte sich vielmehr auf die Frage der Solidarisierung mit der BDS und der Unterstützung der BDS-Resolution, welche nachweislich mindestens in Teilen antisemitisch ist.

Die BDS ist zumindest in Teilen nachweislich antisemitisch und wird in manchen Ländern deswegen insgesamt so bezeichnet. Es geht also bei der Kritik von Bessermann wie auch bei der Kritik aus den Reihen der SP darum, warum sich die Juso mit einer Position solidarisieren, welche Israels Existenzrecht bestreitet.

Im Bericht wird ebenfalls nicht thematisiert, ob einzelne Forderungen und Positionen der BDS legitim sind oder nicht. Es geht um die Grundhaltung der BDS, ein Fokus, der uns legitim scheint, zumal die Juso-Entscheidung breit thematisiert, diskutiert und auch kritisiert wurde.

Die Beanstandungen hingegen beschäftigen sich stark mit den Handlungen der aktuellen israelischen Regierung, die übrigens auch von uns in zahlreichen Berichten kritisch beleuchtet wurde und wird. Diese Handlungen, so die Beanstanderinnen und Beanstander, würden die Juso-Unterstützung für die BDS-Resolution verständlich machen. Die Kritikerinnen und Kritiker der Juso-Entscheidung hingegen beziehen sich in erster Linie auf die Grundhaltung der BDS, welche teilweise antisemitisch ist. Somit werden zwei verschiedene Diskussionen geführt.

In unserem Beitrag wiederum konnte es nicht darum gehen, eine Grundsatzdiskussion über Sinn oder Unsinn und Legitimität von Boykotten zu führen oder die Kriegsführung von Israel einzuordnen. Der Fokus lag auf der grundsätzlichen Haltung der BDS und auf der Frage, weswegen die Juso, die gegen Rassismus kämpft, sich durch ihren Beschluss mit der teilweise antisemitischen Bewegung solidarisiert.

Aus diesem Grund sehen wir weder eine Verletzung des Sachgerechtigkeits-, des Transparenz- noch des Vielfaltsgebots.

Die **Ombudsstelle** hat sich den Beitrag ebenfalls angehört und hält abschliessend fest:

Der Beitrag im Rendez-vous vom 21. Oktober 2024 setzt sich mit der von den Jungsozialist*innen Schweiz Juso verabschiedeten Resolution auseinander, mit welcher die Organisation «Boycott, Divestment and Sanctions – Boykott, Desinvestitionen und Sanktionen» BDS unterstützt wird. Dieser Beschluss wurde einige Tage zuvor von der Neuen Zürcher Zeitung NZZ publik gemacht und führte zu öffentlichen Diskussionen und auch zu Kritik aus den Reihen der Sozialdemokratischen Partei SPS.

Im Beitrag werden die BDS und deren Ziele erläutert, einerseits durch die Moderation, andererseits durch Philipp Bessermann, Geschäftsleiter der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus. Entgegen den Ausführungen der Beanstanderin erachtet die Ombudsstelle die Ausführungen zur BDS gesamthaft als differenziert. Insbesondere wird bei BDS nicht von einer antisemitischen Organisation gesprochen; vielmehr wird darauf verwiesen, dass die Organisation durch ihre radikale Parteinahme nicht zu einer Lösungsfindung im Nahost-Konflikt beitrage. Zudem wird erwähnt, dass BDS in verschiedenen Ländern als antisemitisch betrachtet werde. Indem die Funktion von Bessermann als Geschäftsleiter der Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus genannt und auch erwähnt wird, dass diese Stiftung ihren jährlichen Bericht zusammen mit der «Schweizerischen Israelitischen Gemeinschaft» publiziert - die Beanstanderin weist hier zu Recht darauf hin, dass richtigerweise vom «Schweizerischen Israelitischen Gemeindebund SIG» hätte gesprochen werden müssen, was jedoch an der Aussage nichts ändert -, geht aus dem Beitrag klar hervor, dass diese Kritik an BDS von einem Vertreter einer Organisation vorgetragen wird, die jüdischen Kreisen nahesteht. Bessermann gibt insofern eine Sicht der Dinge wieder, wie sie in durchaus differenziert denkenden jüdischen Kreisen in der Schweiz häufig vertreten wird. In der Folge erhält die Präsidentin der Juso Gelegenheit zur Stellungnahme, ebenso die Präsidentin der Juso Basel-Stadt, welche die Resolution abgelehnt hat, namentlich unter Hinweis auf die zu undifferenzierte Haltung von BDS. Es kommen somit sowohl eine kritische jüdische Stimme als auch Vertreterinnen der Juso zu Wort. Im Übrigen wird Bessermann auch korrekterweise mit dem Einwand konfrontiert, dass BDS auch von jüdischen Kreisen unterstützt werde. Die Beanstanderin erachtet dessen Antwort als «peinlich und im besten Fall besserwisserisch». Es geht aus dem Beitrag klar hervor, dass es sich hierbei um eine persönliche Einschätzung Bessermanns handelt. Ob sie als überzeugend wahrgenommen wird, haben die Zuhörerinnen und Zuhörer selbst zu entscheiden.

Im Beitrag geht es offenkundig nicht darum, den Nahost-Konflikt als Ganzes auszuleuchten. Auch war es nicht dessen Ziel, die Politik des Staates Israel im Gaza-Streifen oder im Westjordanland zu bewerten. Gegenstand war einzig die Frage, ob die Unterstützung von BDS durch die Juso angebracht und mit ihren Grundsätzen vereinbar ist. Diesem Anspruch wird der Beitrag nach Ansicht der Ombudsstelle gerecht. Vor dem Hintergrund der umstrittenen Stellung von BDS werden die unterschiedlichen Positionen innerhalb der Juso aufgezeigt und auch die Kritik aus Kreisen der SP erwähnt. Auch ist im Bericht nicht davon die Rede, die Juso sei rassistisch. Vielmehr wird abschliessend festgehalten:

«Die Juso hat sich wie kaum eine andere Partei auf die Fahne geschrieben, Rassismus und Unterdrückung zu bekämpfen. Und nun unterstützt gerade sie eine Bewegung, die in Fachkreisen als zumindest teilweise antisemitisch beschrieben wird. Ein Widerspruch, mit dem die Mitglieder der Juso nun leben müssen.»

Diese Aussage zeigt die Problematik, die mit der verabschiedeten Resolution verbunden ist, in sachlicher Weise auf, ohne ihrerseits BDS als rassistisch zu bezeichnen noch den Mitgliedern der Juso eine rassistische Denkweise vorzuwerfen. Dass BDS als «zumindest teilweise antisemitisch» beschrieben und wahrgenommen wird, ist eine Tatsache, die in diesem Zusammenhang genannt werden darf, zumal auch der Deutsche Bundestag auf gemeinsamen Antrag von CDU/CSU, SPD, FDP, Bündnis 90/Die Grünen mit Beschluss vom 15. Mai 2019 die «Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung als antisemitisch» bezeichnet hat. <https://dserver.bundestag.de/btd/19/101/1910191.pdf>

Die Ombudsstelle sieht im beanstandeten Beitrag keinen Verstoß gegen das Gebot der Sachgerechtigkeit, Transparenz und Vielfalt gemäss Art. 4 Abs. 2 und 4 des Radio- und Fernsehgesetzes.

Wir danken Ihnen für Ihr Interesse am öffentlichen Sender und hoffen, dass Sie diesem trotz Ihrer Kritik treu bleiben.

Sollten Sie in Erwägung ziehen, den rechtlichen Weg zu beschreiten und an die Unabhängige Beschwerdeinstanz für Radio und Fernsehen (UBI) zu gelangen, lassen wir Ihnen im Anhang die Rechtsmittelbelehrung zukommen.

Mit freundlichen Grüßen

Ombudsstelle SRG Deutschschweiz